

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 102 (2008)
Heft: 12

Artikel: Indonesien : Muslime für Religionsfreiheit
Autor: Dähler, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390013>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Indonesien: Muslime für Religionsfreiheit

Die Angst vor dem Machtzuwachs des fundamentalistischen Islams wird auch hierzulande gern geschürt. Bestes Beispiel ist die Minarettinitiative, die die Minarette auf der Basis solcher Ängste in der Schweiz verbieten möchte. Gegner einer solchen Polarisierung und Befürworter eines offenen Dialogs zwischen den Religionen weisen dagegen gern auf die Notwendigkeit hin, die fortschrittlichen Kräfte innerhalb des Islams zu stärken. Doch wie sieht es damit in den islamischen Ländern aus? Franz Dähler versucht diese Frage für Indonesien zu klären. Ein Land, das mit seinen 664 Ethnien ein Laboratorium für den Pluralismus in der ganzen Welt werden könnte.

■ Nach meiner Vorlesung an der muslimischen Universität UIN von Jakarta vom 23. September 2006 bat mich eine Gruppe muslimischer Intellektueller um ein Interview über Säkularisierung, Liberalismus und Pluralismus. Ich dachte, es handle sich nur um ein Gelegenheitsinterview, aber inzwischen hat das Institut für Studium von Religion und Philosophie (LSAF) in Jakarta mit 43 andern Autoren Gespräche geführt, die nun in einer grossen Dokumentation unter dem Titel «Die Religionsfreiheit verteidigen» vorliegen. 33 muslimische und 10 christliche Autoren äussern sich darin zu dieser heute in Indonesien brennenden Thematik. Die Publikation ist erstaunlich. Noch nie fand ich eine Dokumentation mit einem so breiten Spektrum von prominenten Muslimen, wie etwa der Rektoren der führenden muslimischen Universitäten in Jakarta und Yogyakarta, Professoren an staatlichen und muslimischen Hochschulen, erstrangigen Politikern wie Abdurrahman Wahid, Staatspräsident 1999 bis 2001), Amien Rais, Expräsident der grossen Partei PAN, Ahmad Syafii Maarif, 2000–2004 Präsident der zweitgrössten muslimischen Volksorganisation Muhammadiyah, Said Aquil Siraj, Präsident der grössten muslimischen Volkorganisation NU etc. Einmütig setzen sie sich für die Religionsfreiheit, für Säkularisierung und religiösen Pluralismus ein. Warum so entschieden?

Fortschreitende Islamisierung

Den Hintergrund bildet ein politisch-kultureller Prozess, der – wie weltweit insgesamt – die islamische Macht ausweiten will. Die 200 Millionen indonesischer Muslime (etwa 85% der Bevölkerung) übertreffen an Zahl alle Muslime der arabischen Länder. Einige Bewegungen streben bewusst nach der Vormacht im Staat, so dass die Scharia, das Islamgesetz, schrittweise zum Staatsgesetz erhoben wird. Schrittweise: Seit dem Sturz von Präsident Suharto 1998

wurden Scharia-Bestimmungen in die Gesetzgebungen der Provinzen Aceh, Westsumatra, Westjava, Tangerang, Depok, Sudsulawesi und Südtkalimantan eingeführt, weitere sollen folgen. Sie bedingt die Einführung von Kleidervorschriften (vor allem für die Frauen, die mehr der arabischen als der lokalen indonesischen Kultur entsprechen), in der Scharia vorgesehene Strafen für Vergehen wie Diebstahl, sexueller Verkehr vor der Ehe, Ehebruch. In Aceh wird sogar die Auspeitschung praktiziert.

Infolge muslimischer Attacken wurden von 2004 bis 2007 110 Kirchen geschlossen oder zerstört. Dahinter steht

rität. MUI und FPI gehen auch intolerant gegen andere muslimische Richtungen vor. Der liberale Denker Ulil Abshar Abdalla wurde verurteilt, die sich zum Islam bekennende Bewegung Ahmadiyah (auch Ahmadiyya genannt) geächtet. Ahmadiyah anerkennt den Koran als göttliche Offenbarung und Muhammad als Propheten, verehrt aber auch ihren Gründer Mirza Ghulam Ahmad (1839-1908) als Propheten, der in die moderne Zeit hineinspreche. Mehrere Moscheen der Ahmadiyah wurden zerstört, viele ihrer Anhänger verfolgt.

Die Zentralregierung unter Susilo Bambang Yudhoyono verhält sich ge-

Franz Dähler (rechts unten), Budhy Munawar-Rachman, leitender Herausgeber (Mitte), und weitere Teammitglieder (Bild: Franz Dähler)

die FPI (islamische Verteidigungsfront), die der radikalen Wahabi-Richtung von Saudi-Arabien nahesteht. Der «islamische Rat der Rechtsgelehrten» (MUI) grenzt sich scharf von anderen Religionen ab, so dass er sogar durch eine «fatwa» verbot, an Weihnachtsfeiern teilzunehmen und Christen zu ihren Festen zu beglückwünschen. Er verurteilt die Säkularisierung, den Pluralismus, der zur Vermischung mit anderen Religionen (Synkretismus) und zum Relativismus führe. Der MUI ist vom Staat anerkannt, genießt daher offizielle Auto-

genüber diesen Druckversuchen islamischer Fundis passiv und ängstlich. Sie fürchtet um ihre Macht, da die sie stützende, grösste Partei Golkar von radikalen Muslimen infiltriert ist. Ahmadiyah wurde zwar bis heute nicht aufgelöst, aber ihre Tätigkeit sehr eingeschränkt. Alle diese Fakten, nicht zuletzt auch die Kleidervorschriften (1980 gab es noch kaum Kopftücher, heute bestimmen sie in vielen Regionen das Erscheinungsbild der Frauen), erwecken den Eindruck einer weit fortgeschrittenen Islamisierung.

Ja zur Säkularisierung

Nun zurück zur Dokumentation des LSAF, die dieser Art von Islamisierung widerspricht. Gemeinsam ist allen Autoren, dass sie die Säkularisierung, eine massvolle Trennung von Staat und Religion befürworten. Als Vorbilder werden die Türkei und demokratische Länder des Westens angeführt, mit Vorliebe Kanada. Damit widersetzen sie sich dem MUI, der mit vielen Muslimen im säkularen Staat die Wurzel aller Übel, eine Verleugnung Gottes erkennt.

Begründet wird die Säkularisierung im Namen der Religionsfreiheit. Ein Staat, in dem eine einzige Religion die Gesellschaft normiere, setze die Anhänger anderer Religionen unter Druck, und die Mitglieder der einzig anerkannten Religion stünden in Gefahr, beim Wechsel zu einer andern Religion als «Abtrünnige» diskriminiert und bestraft zu werden. In diesem Sinne verteidigen alle Autoren die Ahmadiyah, auch wenn sie deren theologische Doktrin nicht teilen. Die religiöse Freiheit gelte auch für abweichende Richtungen innerhalb des Islams. Die Einführung der Scharia durch Provinzregierungen wird abgelehnt. Oft werde sie damit begründet, dass der Islam die Religion der Mehrheit der Bevölkerung bilde. Aber die Volksmehrheit schaffe nicht die Vollmacht, ein wesentliches Menschenrecht einzuschränken.

Theologisch wird die Säkularisierung aus dem Koran und den Anfängen des Islams unter dem Propheten Muhammad begründet. Verschiedene Suren im Koran betonten die Religionsfreiheit, so 2,257; 3,64; 29,45, und Muhammad selbst habe in seiner Verfassung von Medina (piagam Madinah) das friedliche Zusammenleben von Muslimen, Juden und Christen angestrebt. Manche Autoren sind davon überzeugt, dass sich in einem säkularen Staat der Glaube besser entfalten könne, weil die Menschenwürde geachtet werde und der Staat keinen Druck oder

einseitige Bevorzugung ausübe. Das zeige sich vor allem in den USA und Kanada.

Geist des Pluralismus

Das beruhigende Gefühl, seinen Glauben in freier Luft leben zu können, ist nur möglich im Geist des Pluralismus, das heisst in der Bejahung anderer Kulturen und Religionen, in der Freude an der Vielfalt der Völker. Am klarsten umschreibt das Syafii Anwar, Direktor des internationalen Zentrums für Islam und Pluralismus. Er versteht den Islam als prophetische Religion, mit einer Funktion der Transzendenz über den Tod hinaus. Durch diesen Glauben werde der Mensch für Gerechtigkeit und Ehrlichkeit stimuliert. Dabei gehe es darum, Berührungspunkte mit andern Religionen zu finden. Der Islam müsse auch die lokalen Kulturen achten. Anwar lehnt den MUI entschieden ab, wenn er durch Rechtssprüche die Entfaltung der Vielfalt behindere. Die Autoren sind überzeugt, dass die Anerkennung des Pluralismus nicht zum Synkretismus und Relativismus führe. Mohammad Imam Aziz, Gründer des «Forums für Brüderlichkeit unter dem gläubigen Volk» in Yogyakarta, verweist auf die vielen Richtungen der «Innerlichkeit» (kebatinan) innerhalb der javanischen Kultur. Der Islam müsse erkennen, dass das Heil auch ausserhalb der Moschee möglich sei. Der Islam sei in erster Linie «Hingabe an Gott», nicht eine Institution.

Eine Argumentation für den Pluralismus ergibt sich auch aus der Vielfalt der 664 indonesischen Ethnien. Diesen kulturellen Reichtum durch den Druck einer einzigen Religion zu verlieren, würde nicht nur die charakteristische Identität Indonesiens gefährden und diskriminierte Völkerschaften zur Abspaltung verleiten, sondern auch die globale Mission Indonesiens unter den Völkern zerstören, meint die katholische Autorin Melani Budianta, Profes-

sorin der führenden Universitas Indonesia.

Im Gegensatz zum traditionellen Islam, der die Atheisten als «Heiden, Ungläubige» (kafir) abwertet, die zu bekämpfen seien, fordern Ulil Abshar Abdalla (Forscher am «Freedom Institute» in Jakarta), Quasim Mathar (Professor der muslimischen Universität in Makassar) und Syafii Maarif auch Toleranz für die Atheisten. Quasim Mathar: «Ein Atheist, der logisch und vernünftig denkt, ist besser als ein religiöser Mensch, der nicht genug bekommt von sakralen Vorschriften.»

Würde und Rechte der Frauen

Auffallend markant ist die Stimme der Frauen. Sie stellen sich gegen eine enge Interpretation der Scharia. Wenn schon Scharia, dann müsste die Gerechtigkeit in den Vordergrund gestellt werden, nicht die Antiporno-Gesetze. Gadis Arivia, Dozentin der Philosophie an der Universitas Indonesia, beschwert sich über den Zwang zum Kopftuch an ihrer Universität, den sie als Versuch zur Arabisierung wertet, «die nicht mit unserer Kultur übereinstimmt». Sie findet es eine Ironie, dass ein Mann dafür bestraft wurde, weil er das offizielle Gebet (salat) in indonesischer statt arabischer Sprache verrichtet hatte. – Lies Marcoes Natsir vergleicht den fortschrittlichen Islam der Türkei mit dem fundamentalistischen in Indonesien. Keine Religion dürfe verabsolutiert werden, sonst werde sie arrogant wie beim Zwang, den Kindern die Lesung des Korans zu diktieren, ohne den Text zu verstehen.

Maria Ulfah Anshar, Präsidentin der muslimischen Frauenorganisation Fatayat, beruft sich auf die universalen Werte des Islam. Das politische System des Kalifates (Autokratie, die heute noch von der Bewegung Hizbut Tahrir vertreten wird) entspreche nicht mehr dem demokratischen Geist der Neuzeit. Sie erwähnt die Provinz Aceh mit ihren strengen Scharia-Vorschriften. Gerade

dort herrsche aber Korruption und Ungerechtigkeit. Kleine Leute würden bestraft, grosse Korruptoren blieben ungeschoren. Obwohl das Parlament den Anteil der Frauen in der Legislative auf 30% festgelegt habe, seien es heute nur 11%. So werde es verständlich, dass männlich dominierte Parlamente die Antiporno-Gesetze durchzudrücken versuchten, welche mit ihren strengen Kleidervorschriften und Ausgehverboten die Frauen diskriminierten.

Lily Zakiyah Munir, Forscherin für Koranschulen (pesantren) und Demokratie, Jakarta, beschwert sich über den Missbrauch der Macht durch die religiöse Elite, so bei 29 Verordnungen der Provinzregierungen, welche die Aktivitäten der Frauen einschränkten (Ausgehverbote, Kleidervorschriften, Polygamie für die Männer, Stigmatisierung der Witwen). Viele muslimische Rechtsgelehrte nähmen die Perspektive der Frauen überhaupt nicht wahr. Ihnen seien die Gesetze (fikih) wichtiger als die Einzigkeit Gottes (tauhid). – Siti Ruhaini Dzuhayatin, Direktorin des Studienzentrums für Frauenfragen an der muslimischen Universität von Jakarta, anerkennt, dass in den Ländern des Westens keine organisierte Religion die Gesellschaft dominiere, doch diese Gesellschaft sei humanistisch und setze sich für die Umwelt ein. Gemeinsam mit bereits zitierten Frauen kämpft sie dafür, dass Lesben und Transsexuelle nicht diskriminiert werden.

Politisch wirksam?

Die tiefgehende Übereinstimmung so prominenter Muslime auf breiter Basis zeugt von einer moralischen Kraft, die politisch mehr wirksam werden müsste, am ehesten in der früher von Abdurrahman geführten «Partei kebangkitan bangsa» (PKB) oder in der Partei (PDP) der früheren Präsidentin Megawati. Die für westliche Demokratien offene Haltung darf nicht mit Verwestlichung gleichgesetzt werden. So wird das kapi-

*Franz Dähler ist
ehemaliger Dozent für
Religion und Ethik in
Indonesien und ehe-
maliger Präsident der
Entwicklungsorganisa-
tion «Interteam»
(franz.daehler@free-
surf.ch).*

talistische System bezweifelt. Yanti Muchtar, Pädagogin und Expertin für Frauenfragen, ist belustigt über den neoliberalen Slogan TINA (there is no alternative to capitalism). Einig sind sich die Autoren auch darüber, dass der Koran nicht in die Zeit seiner Entstehung zurückgeworfen werden darf, sondern den Nöten der heutigen Zeit entsprechend interpretiert werden muss, besonders in der Frauenfrage und im sozialen Bereich. (Siehe dazu den Artikel «Emanzipatorischer Islam» in Neue Wege 2/2007),

Ein Kriterium für die Position von Religionsfreiheit und Pluralismus sind die neu entworfenen Antiporno-Gesetze, die kürzlich in gemilderter, aber immer noch höchst fragwürdiger Form vom indonesischen Parlament verabschiedet worden sind. Es handelt sich um puritanische Vorschriften zur Sexualität, zur Bekleidung, die Erotik berüh-

rende Angebote in den Medien und in den Märkten. Sie sind so unklar definiert, dass sie dem willkürlichen Eingreifen staatlicher Organe und fanatischer Gruppen ins kulturelle und private Leben Vorschub leisten. Sie wirken diskriminierend, vor allem für Frauen und regionale Kulturen. Nicht-muslimische Provinzregierungen wie jene von Bali, Papua, Nordsulawesi und auch die indonesische Bischofskonferenz stellen sich dagegen.

Mit Recht bemerkt Siti Ruhaini Dzuhayatin: «Eigentlich könnte Indonesien mit seinen 664 Völkerschaften ein Laboratorium für den Pluralismus in der ganzen Welt werden. Das hängt wesentlich vom Bewusstsein der muslimischen Bevölkerungsmehrheit ab. Es geht daher darum jene Organe zu stärken, die den Pluralismus stützen, so unsere Koranschulen (pesantren) und islamischen Universitäten.» ●